

FREIBERUFLER-TICKER vom 17. Juli 2020

1. BMAS-Klarstellung bezüglich der Förderfähigkeit im Programm „Ausbildungsplätze sichern“

Der BFB informierte am 15. Juli 2020 seine Mitgliedsorganisationen darüber, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie für Bildung und Forschung (BMBF) nachfolgende Klarstellung zum Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ abgestimmt hat: „Vorgesehen sind Ausbildungsprämien für kleine und mittlere Unternehmen, die ihr Ausbildungsniveau in dem im Jahr 2020 neu beginnenden Ausbildungsjahr im Vergleich zu den drei Vorjahren beibehalten oder sogar erhöhen. Für die Zuordnung zum neuen Ausbildungsjahr ist allein der Ausbildungsbeginn maßgeblich. In die Förderung grundsätzlich einbezogen werden sollen Ausbildungen, die frühestens am 1. August 2020 beginnen. Auf den Zeitpunkt des Abschlusses des Ausbildungsvertrags kommt es dabei nicht an, das heißt, es können auch Ausbildungen gefördert werden, für die der Ausbildungsvertrag bereits vor Inkrafttreten der Förderrichtlinie abgeschlossen worden ist. Insbesondere steht damit der Abschluss eines Ausbildungsvertrags vor dem 1. August 2020 einer Förderung nicht entgegen.“ Mehr Informationen zum Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ finden sich auf der [BMBF-Webseite](#).

2. Bundesminister Altmaier stellt Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vor

Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, präsentierte an verschiedenen Stellen die Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Eine nächste Station war am 15. Juli 2020 das Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, in den auch der BFB eingebunden ist. In einer [Videokonferenz](#) bezeichnete Altmaier die COVID-19-Pandemie als die zentrale Herausforderung für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Altmaier wörtlich: „Dies ist der Moment, um die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften voranzutreiben: mit Clean Economy, mit einer wettbewerbsfähigen Industrie und mit digitaler Souveränität. Klar ist für mich auch: Unsere Unternehmen brauchen nach der Krise mehr und nicht weniger offene Märkte, bei fairen Wettbewerbsbedingungen. Hierfür wollen wir in unserer Ratspräsidentschaft eng mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zusammenarbeiten.“

3. EuGH: EU-Abkommen für Datenaustausch mit USA ist ungültig

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) erklärte laut einer [Pressemitteilung](#) vom 16. Juli 2020 den EU-Beschluss 2016/1250, wonach die Datenschutzvereinbarung „Privacy Shield“ zwischen der Europäischen Union (EU) und den USA einen angemessenen Datenschutz für europäische Bürger gewährleistet, für ungültig. Nutzerdaten von EU-Bürgern können aber weiterhin auf Basis sogenannter Standardvertragsklauseln in die USA und andere Staaten übertragen werden.

4. Selbstständige stärker betroffener als Beschäftigte

Zwei Drittel der Selbstständigen (66 Prozent) verzeichneten während der Corona-Krise Umsatzrückgänge. Hingegen musste die überwiegende Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten (80 Prozent) beim Gehalt keine Einbußen hinnehmen. Das ist eines der ersten [Teilergebnisse](#) einer interdisziplinären Studie unter Federführung des Bundesministeriums für Gesundheit, an dem unter anderem das ifo Institut und das Meinungsforschungsinstitut forsa beteiligt sind, worüber am 13. Juli 2020 berichtet wurde.

5. DATEV Corona-Barometer

Die Steuerberater zeichnen laut einer [Pressemitteilung](#) vom Ende vergangener Woche hinsichtlich der Zukunft ihrer meist mittelständischen Mandanten ein ambivalentes Bild: 38 Prozent der Kanzleien halten weitere Insolvenzen aus ihrem Mandantenstamm in den nächsten sechs Monaten für wahrscheinlich. Genauso viele Kanzleien sind aber auch optimistisch, dass ihr Mandantenstamm in den nächsten sechs Monaten von Insolvenzen verschont bleibt.

6. Mittelständler reagieren verstärkt mit Innovationen auf die Krise

43 Prozent aller mittelständischen Unternehmen verbesserten angesichts der Pandemie ihre Produkte, Prozesse oder Geschäftsmodelle oder planen dies. Dies zeigt eine [Sondererhebung](#) auf Basis des KfW-Mittelstandspanels, die am 12. Juli 2020 veröffentlicht wurde. Im Vergleich dazu führten im Zeitraum 2016 bis 2018 lediglich 19 Prozent der Mittelständler Produkt- oder Prozessinnovationen ein. Allerdings basieren die coronabedingten Innovationen seltener auf Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten und werden nahezu ohne Vorlaufzeit im Unternehmen umgesetzt. Verbesserungen oder Erneuerung gab es bei 21 Prozent aller mittelständischen Firmen bei Unternehmensprozessen, bei 14 Prozent beim Geschäftsmodell und bei 14 Prozent bei Produkten und Dienstleistungen.

7. Nutzer der Corona-Warn-App

Mehr als jeder zweite Smartphone-Nutzer ab 16 Jahren (53 Prozent) will die Corona-Warn-App der Bundesregierung dauerhaft nutzen, das entspricht 28 Millionen Menschen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, über die der Verband Ende vergangener Woche mit einer [Pressemitteilung](#) berichtete. Im Befragungszeitraum Anfang Juli 2020 lag die Zahl der App-Installationen bereits bei über 14 Millionen, inzwischen sind es mehr als 15 Millionen. Neun von zehn der Befragten (89 Prozent) will vor allem jede Möglichkeit nutzen, das Virus zu bekämpfen. 84 Prozent fühlen sich durch die App besser geschützt, falls sich eine Kontaktperson infiziert haben sollte. Gut jeder Zweite (52 Prozent) hofft im Fall einer Infektion, andere Menschen schützen zu können. Und vier von zehn (40 Prozent) empfinden die Nutzung der App als ihre gesellschaftliche Pflicht. Ein Drittel der Nicht-Nutzer glaubt nicht an die Wirkung der App (33 Prozent). Jeder Vierte (24 Prozent) hat Bedenken um den Datenschutz, jeder Fünfte (21 Prozent) macht sich Sorgen, auf diese Weise von der Bundesregierung ausspioniert zu werden. Ähnlich viele (20 Prozent) fürchten den Datenmissbrauch durch Dritte und jeder Sechste (16 Prozent) sorgt sich, dass das mobile Datenvolumen durch die App schneller verbraucht wird. Nur elf Prozent der Nicht-Nutzer geben an, dass ihr Smartphone nicht über die nötigen Systemanforderungen für die App verfügt.

8. Unternehmen wollen mehr Homeoffice anbieten

Knapp über die Hälfte (54 Prozent) der Unternehmen in Deutschland wollen Homeoffice dauerhaft stärker etablieren. Dies zeigt eine aktuelle Studie des ifo Instituts, über die das Institut mit einer [Pressemeldung](#) vom 13. Juli 2020 berichtete und die unter anderem auf Auswertungen von Daten aus aktuellen ifo-Unternehmensbefragungen sowie einer Mitgliederbefragung des Netzwerks LinkedIn basiert. 56 Prozent der Beschäftigten in Deutschland könnten laut der ifo-Studie zeitweise von zu Hause arbeiten. Vor der Corona-Pandemie wurde nur etwa die Hälfte dieses Potenzials genutzt. Bei der Umfrage des beruflichen Netzwerks LinkedIn gaben knapp die Hälfte der Mitglieder in Deutschland an, aufgrund der Pandemie ins Homeoffice gewechselt zu sein. Zudem zeigt eine Auswertung von Stellenanzeigen und Jobsuchenden auf LinkedIn, dass

die Aufrufe von Stellen, die zur Arbeit im Homeoffice ausgeschrieben sind, um mehr als das Doppelte stiegen.

9. Eltern während der Corona-Krise

Der Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie hatte weitreichende Folgen für das Arbeits- und Familienleben in Deutschland. Damit beschäftigt sich eine [Untersuchung](#) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), die am 14. Juli 2020 veröffentlicht wurde. In Deutschland leben gegenwärtig rund 14,6 Millionen Eltern mit 11,1 Millionen minderjährigen Kindern und Jugendlichen im Haushalt, beschreibt das BIB die Größenordnung. Die Forscher präsentierten auch Zahlen zu Nutzung des Homeoffice: Im April 2020 arbeiteten 23 Prozent der Beschäftigten überwiegend von zu Hause, damit hatte sich der Anteil gemessen am Wert vor der Krise mehr als vervierfacht. Ein weiterer Befund: Gegenwärtig sind insgesamt 3,4 Millionen Eltern in systemrelevanten Berufen tätig, die meisten davon im Gesundheitswesen und in der öffentlichen Verwaltung. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied bei den Geschlechtern: Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Mütter übt eine systemrelevante Tätigkeit aus (52 Prozent), bei den Vätern ist es etwa ein Drittel (34 Prozent).

10. Beiträge für Selbstständige

Die Bundesregierung setzt sich für eine verlässliche soziale Absicherung bei finanzierbaren Abgaben und Beiträgen für Gründer und Selbstständige ein, wobei beispielsweise mit dem GKV-Versichertenentlastungsgesetz von 2018 Selbstständige bereits erheblich entlastet wurden, heißt es in der Antwort ([19/20906](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 16. Juli 2020 berichtete. Für hauptberuflich Selbstständige wurde den Angaben zufolge die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage mehr als halbiert: von rund 2.284 Euro auf 1.015 Euro. Gleichzeitig sei auch die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für Existenzgründer und Härtefälle deutlich abgesenkt worden: von rund 1.523 Euro auf 1.015 Euro. Mit der geplanten Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbstständige werde zudem erwogen, dass diese auch eine einkommensgerechte Beitragszahlung wählen könnten.

11. Leben von eigener Erwerbstätigkeit

2019 bestritten 74 Prozent der Erwachsenen zwischen 18 und 64 Jahren in Deutschland ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch ihre eigene Erwerbstätigkeit. Wie das Statistische Bundesamt anhand von [Ergebnissen des Mikrozensus](#) am 14. Juli 2020 weiter mitteilte, waren das 37,8 Millionen Personen. Unterschiedlich hoch waren die Anteile bei Frauen und Männern: 68 Prozent der Frauen und 80 Prozent der Männer zwischen 18 und 64 Jahren lebten überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit. Neun Prozent aller 18- bis 64-Jährigen (4,4 Millionen) lebten 2019 hauptsächlich von öffentlichen Leistungen (ohne Renten und Pensionen). Zwölf Prozent nannten als Haupteinkommensquelle Einkünfte von Angehörigen (zum Beispiel vom Partner oder den Eltern). Das traf auf 18 Prozent der Frauen und sechs Prozent der Männer zu. Insgesamt waren das 6,1 Millionen Personen. Für Personen im Alter ab 65 Jahren waren im Jahr 2019 Renten- und Pensionszahlungen die Haupteinkommensquelle (89 Prozent oder 15,3 Millionen Personen).

12. Digitalkompetenzen

2019 verfügten vier von fünf jungen Menschen (80 Prozent) im Alter von 16 bis 24 Jahren in der Europäischen Union (EU) mindestens über grundlegende digitale Fähigkeiten. Dies waren 24 Prozentpunkte mehr als der korrespondierende Anteil der 16- bis 74-Jährigen (56 Prozent). Unter den EU-Mitgliedstaaten hatte Kroatien mit 97 Prozent den höchsten Anteil an Personen

im Alter von 16 bis 24 Jahren mit grundlegenden oder höheren digitalen Kenntnissen, gefolgt von Estland, Litauen und den Niederlanden mit je 93 Prozent. Die niedrigsten Anteile wurden mit 56 Prozent für Rumänien, 58 Prozent für Bulgarien und 65 Prozent für Italien ausgewiesen. Der Wert für Deutschland lag bei 86 Prozent. Das [teilte](#) das statistische Amt der EU am 15. Juli 2020 mit.

13. Verbraucherpolitischer Bericht 2020

Das Bundeskabinett beschloss auf seiner Sitzung am 15. Juli 2020 den [Verbraucherpolitischen Bericht](#) der Bundesregierung. Er gibt alle vier Jahre einen Überblick über zentrale Entwicklungen, Maßnahmen und Rechtssetzungsvorhaben in der Verbraucherpolitik. Darüber hinaus formuliert er verbraucherpolitische Ziele und Herausforderungen, vor denen Deutschland, aber auch Europa steht. Stichworte sind hier: mehr Sicherheit in der digitalen Welt und eine größere Nachhaltigkeitsorientierung im Sinne der Agenda 2030.

14. Weniger Geburten und Sterbefälle

2019 kamen in Deutschland 778.100 Babys zur Welt. Das waren rund 9.400 weniger als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt am 13. Juli 2020 [mitteilte](#). Setzt man die Zahl der Geburten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, so kamen rechnerisch 9,4 Neugeborene auf 1.000 Einwohner. Im Vorjahr hatte dieses Verhältnis mit 9,5 Kindern etwas höher gelegen. Den Geburten standen 939.500 Sterbefälle gegenüber. Damit starben 161.400 Menschen mehr als Kinder geboren wurden. 2018 war die Differenz mit 167.400 noch etwas größer ausgefallen als 2019. Dass es in Deutschland mehr Sterbefälle als Geburten gibt, ist ein langfristiger demografischer Trend, der seit 1972 anhält. Deutschland lag 2019 bei den Geburten und Sterbefällen leicht über dem Durchschnitt der Europäischen Union.

15. Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern in Deutschland 2019

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 16. Juli 2020 gab es 2019 in Deutschland 8,2 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern. Diese Zahl war 2009 genauso hoch und ist im Vergleich zu 1999 um 1,1 Millionen niedriger. Insgesamt lebten in allen Familien mit minderjährigen Kindern 29,7 Millionen Personen. Die meisten Familien waren Paare (81 Prozent der Familien), davon 70 Prozent Ehepaare und elf Prozent unverheiratete Paare. Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familien betrug 19 Prozent.

16. EU-Bevölkerungsschätzung

Zum 1. Januar 2020 wurde die Bevölkerung in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) auf 447,7 Millionen geschätzt, ein Rückgang um 12,8 Prozent im Vergleich zu 513,5 Millionen in 28 Mitgliedstaaten am 1. Januar 2019. Dieser Rückgang ist hauptsächlich durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU begründet, was dazu führte, dass die Bevölkerung in der EU um 13 Prozent zurückging. Die gesamte Bevölkerungsveränderung in der EU27 war 2019 mit 0,9 Millionen Einwohnern aufgrund eines Wanderungssaldos positiv. Die natürliche Bevölkerungsveränderung war in der EU mit mehr registrierten Todesfällen als Geburten seit 2012 negativ – 4,7 Millionen Todesfälle und 4,2 Millionen Geburten in 2019. Diese [Zahlen](#) wurden vom statistischen Amt der EU zum Weltbevölkerungstag, der am 11. Juli stattfand, herausgegeben.

17. Vermögenskonzentration in Deutschland

Forscher des Sozio-oekonomischen Panels am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung legten hierzu am 16. Juli 2020 neueste [Erkenntnisse](#) vor: Die oberen zehn Prozent besitzen demnach gut zwei Drittel des Nettovermögens, zuvor war man von knapp 59 Prozent ausgegangen. Auf das reichste Prozent der Bevölkerung entfallen rund 35 Prozent des Vermögens, bislang ging man von knapp 22 Prozent aus. Etwa 1,5 Prozent der Erwachsenen in Deutschland besitzen ein individuelles Nettovermögen – also das Bruttovermögen abzüglich der Schulden – von mindestens einer Million Euro.